

Freie Demokratische Partei  
Fraktion im Rat der Stadt Lüdenscheid



FDP-Ratsfraktion, Postfach 1568, 58465 Lüdenscheid

Bürgermeister der  
Stadt Lüdenscheid  
Herr Dieter Dzewas  
Rathausplatz 2  
58507 Lüdenscheid

Fraktionsvorsitzender  
Jens Holzrichter  
Schiefe Ahelle 28  
58515 Lüdenscheid  
Telefon (02351) 79487  
Telefax (02351) 973097

7. Januar 2013

Anfrage für die Sitzung des Hauptausschusses am 21.01.2013

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

im Namen der FDP-Fraktion bitte ich um Beantwortung dieser Anfrage in der nächsten Sitzung des Hauptausschusses am 21.01.2013:

Wie überregional in den Medien berichtet wird, beabsichtigt das Bundesverkehrsministerium, die bundesweit einheitlichen Sätze für Verwarnungsgelder im ruhenden Straßenverkehr („Knöllchen“) ab 01.04.2013 anzuheben. So soll Parken ohne Parkschein zukünftig mit 10,00 € statt 5,00 € geahndet werden, ab 30 Minuten 15,00 € statt 10,00 € usw.

Als Konsequenz werden bundesweit einerseits vermehrte Einnahmen aus Verwarnungsgeldern, andererseits eine erhöhtes Parkgebührenaufkommen zur Vermeidung von Verwarnungen erwartet.

**Mit welcher Steigerung bei den Erträgen aus Verwarnungs-, Buß- und Zwangsgeldern (Produkt 020 010 030; Ansatz 2013 ff. je 500.000,00 €) rechnet die Stadt Lüdenscheid im Jahr 2013 und in den Folgejahren?**

Begründung:

Die FDP-Fraktion möchte die erwartete Einnahmesteigerung wie folgt verwenden:

- Die zusätzlichen Verwarnungsgelder sollen in gleicher Höhe zur Aufstockung des Haushaltsansatzes „Unterhaltung Straßen STL“ (Produkt 120 010 40; Ansatz 2013 3.200.000,00 € / 2014 3.025.000,00 €) verwandt werden. In der Sitzung des Hauptausschusses werden wir einen entsprechenden Antrag stellen.
- Die in Folge der Verwarnungsgelderhöhung zu erwartenden Mehreinnahmen bei den Parkgebühren sollen bei der Stadt Lüdenscheid verbleiben, da im Rahmen des Haushaltssicherungskonzepts ohnehin eine Erhöhung des Überschusses aus der Parkraumbewirtschaftung geplant ist. Hier lassen sich dann ggf. spätere Steigerungen der Parkgebührensätze vermeiden.

Grundsätzlich sind wir der Auffassung, dass die nicht auf Initiative der Stadt Lüdenscheid zurückgehenden Mehreinnahmen „auf der Straße bleiben“ sollten. Die seit Jahren andauernde und noch für mehrere Jahre geplante Kürzung des Budgets der Straßenunterhaltung greift immer mehr in die Substanz der Lüdenscheider Straßen ein. Alle Fraktionen haben zuletzt übereinstimmend erklärt, dass diese Kürzungen dem städtischen Vermögen schaden und – wenn irgendwie möglich – vermieden werden müssten. Die bundesweit geplante Verwarnungsgelderhöhung bietet nach Auffassung der FDP-Fraktion wenigstens eine teilweise Chance dazu.

Vielen Dank und freundliche Grüße

  
Jens Holzrichter  
Fraktionsvorsitzender